



BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

**TGZ HALLE TECHNOLOGIE- UND
GRÜNDERZENTRUM HALLE GMBH
HALLE (SAALE)**

**BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG
DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2012
UND DES LAGEBERICHTS FÜR
DAS GESCHÄFTSJAHR 2012**



INHALTSVERZEICHNIS

BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Seite

ANLAGENVERZEICHNIS	3
A. PRÜFUNGSauftrag	4
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	6
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	6
II. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	15
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	16
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	20
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	20
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	20
2. Jahresabschluss	21
3. Lagebericht	22
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	22
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	22
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	23
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	24
1. Vermögenslage (Bilanz)	24
2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	31
3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	33
E. FESTSTELLUNGEN AUS DEN ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRA- GES	36
I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	36
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG	37



ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2012
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2012
4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012
5. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
6. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse
7. Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
8. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002



A. PRÜFUNGSauftrag

Die Gesellschafterversammlung der

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH,

Halle (Saale)

- im Folgenden auch kurz "TGZ" oder "Gesellschaft" genannt -

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 der Gesellschaft, gemäß den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB, nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag vom 30. Oktober 2012 lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 13. Oktober 2012 zugrunde, durch den wir gemäß § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Abschlussprüfer gewählt wurden. Wir haben den Auftrag unverzüglich angenommen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Gemäß Gesellschaftsvertrag richten sich die Anforderungen an den Jahresabschluss und den Lagebericht jedoch nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind aufgrund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages freiwillig gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG zu beachten.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.



Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages werden im Abschnitt E. wiedergegeben. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3) sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigelegt.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in der Anlage 6 tabellarisch dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigelegten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002" zugrunde. Die Höhe unserer Haftung ergibt sich aus Nr. 9 Abs. 2 und Abs. 3 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.



B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage der Gesellschaft ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen in der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden in das TGZ Halle technologisch hoch qualifizierte Fachkräfte und Absolventen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen, aufgenommen, gefördert und beraten.

Jungen Unternehmen stellt das TGZ Räume und Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung, vermittelt Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen sowie Finanzierungshilfen aus öffentlichen und privaten Quellen und bietet ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten an.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen führt das TGZ Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer und Informationsvermittlung durch.



Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark "*weinberg campus*" in Halle sind auf einer Fläche von 35.750 m² Bauland insgesamt 6 Neubauten entstanden, wobei das sechste Gebäude mit einer Hauptnutzfläche von ca. 1.900 m² im Sommer 2011 seiner Bestimmung übergeben wurde. Zudem wurde ein Altbau saniert. Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. EUR 62,6 Mio. wurden 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können (Büroräume, Technikräume, S1- und S2-Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für materialwissenschaftliche Untersuchungen und GMP).

Auf dem "*weinberg campus*" in Halle zeichne sich eine biotechnologische/biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen, wie z. B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft.

Das TGZ war im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 96 % ausgelastet, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist eine Auslastung von 98,2 % zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr erfolgten zwei Existenzgründungen, beide aus dem akademischen Bereich und eine Ansiedlung.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat die Verweildauer von Firmen in Technologiezentren im Juli 2010 neu geregelt. Danach können kleineren und mittleren Unternehmen Räume auch über den Zeitraum von acht Jahren hinaus zur Verfügung gestellt werden, wenn im Anschluss daran eine Vermietung zu Marktpreisen erfolgt, und seitens anderer KMU kein Bedarf besteht.



Durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt wurde bestätigt, dass der Verbleib in einem TGZ auch beim Überschreiten des KMU-Status nicht förderschädlich sei. Für die Scil Proteins Production GmbH wurde ein entsprechender Antrag zum Verbleib im TGZ bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gestellt, der Antrag wurde mit den Auflagen, Bau des Mehrzweckgebäudes Blücherstraße 24 und Vermietung zu marktüblichen Mietzins, von der Investitionsbank genehmigt. Diese Auflagen habe das TGZ erfüllt.

Eine Bestätigung des unbefristeten Mietvertrages durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfolgte im Januar 2012. Im Ergebnis des unbefristeten Mietvertrages erhält die TGZ Halle GmbH ab Februar 2012 für Büros und Labore den marktüblichen Mietzins.

Bemühungen der Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH im Zusammenhang mit der Scil-Gruppe konnten nicht verhindern, dass die Investoren der Scil-Gruppe diese zum Verkauf angeboten haben, so dass über die weitere Fortführung am Standort Halle viele Fragen offen seien. Die sich damit ergebenden Leerstandsprobleme für die TGZ Halle GmbH seien zum Zeitpunkt der Berichterstattung schwer überschaubar, könnten aber zu einem Leerstand von 15 % - 20 % ab dem IV. Quartal 2013 führen und damit Einnahmeverluste bis zu ca. TEUR 60 im Geschäftsjahr 2013 verursachen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2012 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

PR-Aktivitäten erfolgten im Wesentlichen durch die Teilnahme an nationalen und internationalen Messen, dazu gehört u. a. die BIO 2012 in Boston und Kapstadt. Durch die Präsenz bei internationalen Kongressmessen leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem "weinberg campus" vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.



Das Konzept "*weinberg campus*" und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der "*weinberg campus e. V.*" habe inzwischen 100 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen, Umlandgemeinden und Einzelpersonlichkeiten.

Das gemeinsame Marketing soll - unterstützt durch Förderer und Sponsoren - weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben. Weiterhin werde aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Name "*weinberg campus*" habe sich national und international als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH verantwortet verschiedene Projekte. Diese beziehen sich ausschließlich auf eingeworbene Projektmittel von Projektträgern, die in der Regel nur wissenschaftlich-technische Projekte begleiten. Dabei sei in den letzten Jahren ein stetiges Absinken der Projektmittel zu verzeichnen. Bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die parallel laufenden Projekte UNIVATIONS und Scidea sei gegenwärtig nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen – eher mit einem weiteren Absinken.

Mittelfristig rechne das TGZ damit, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die die Kriterien von KMU erfüllen. Dies treffe für die TGZ Halle GmbH nicht zu, wodurch nur noch nicht geförderte Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden könnten, was im klein- und mittelständischen Bereich schwierig sei. Daher sei durch die Geschäftsleitung eine Kooperationsvereinbarung mit der UNIVATIONS GmbH unterzeichnet worden, die durch gemeinsame Aktionen rückläufige Projektumsätze verhindere und die notwendigen Personalvorhaltungen in diesem Geschäftsbereich in Grenzen halte. Damit werde die Projektarbeit wenigstens in den innovativen Projekten wieder kostendeckend erfolgen.

Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland hätte sich nach der Finanzkrise für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger seien.



Das Land Sachsen-Anhalt habe wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein werde, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern zu behaupten, zumal dort spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse durch deren Landesregierung oder den Trägern der Einrichtungen erfolgten, die zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung führten.

In diesem Unternehmensumfeld habe für die TGZ Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität. Für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen gestalte sich die Akquisition neuer Mieter immer schwieriger, da es ein Überangebot an Gewerbeflächen gäbe und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Durch erhöhte Aufwendungen bei einer Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für den Nutzer konnte erreicht werden, dass die Gebäude, auch unter Einbeziehung des Neubaus Blücherstraße 24, zu 98,2 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan seien keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche des TGZ Halle führten.

Ertragslage

Der Lagebericht stellt die Ertragslage des Geschäftsjahres mit Vorjahresvergleich dar und erläutert wesentliche Sachverhalte:

- Die Betriebsleistung ist durch Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten sowie durch die durchgehende Vermietung des Mehrzweckgebäudes III auf TEUR 4.184 (Vj 4.019) um 4 % gestiegen.
- Die Einnahmen aus Projektleistungen haben sich leicht um TEUR 15 erhöht.
- Die Personalkosten haben sich um 1,2 % entsprechend um TEUR 6 auf TEUR 513 vermindert.



- Das Abschreibungsvolumen des Geschäftsjahres beträgt TEUR 2.587 (Vj TEUR 2.852).
- Die korrespondierende Verminderung der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen beträgt TEUR 1.966 (Vj TEUR 2.228).
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um TEUR 55 auf TEUR 2.925.
- Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um TEUR 1 von TEUR 38 auf TEUR 39.
- Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 133 und liegt damit um TEUR 96 über dem Vorjahresbetrag von TEUR 37.

Finanz- und Vermögenslage

- Ziel sei es, dass Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sei. Zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres betrugen die liquiden Mittel TEUR 1.408. Aufgrund Umschichtung in das Finanzanlagevermögen in 2012 verminderten sich die liquiden Mittel um rd. TEUR 1.166.
- Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.721,9 auf TEUR 35.747,2 vermindert (-4,6 %). Die Verminderung resultiert aus der Verminderung der Sachanlagen (TEUR -2.585,9) und der flüssigen Mittel (TEUR -1.166,4) bei Erhöhung der Finanzanlagen (TEUR +2.000) und der sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR +107,7).
- Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 91,8 % auf 94,6 %.



Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend § 289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

Risikobericht

Die Geschäftsführung sieht für die TGZ GmbH als ein in den Bereichen Bio- und NANO-Technologie spezialisiertes Zentrum folgende mögliche Umfeld- und Branchenrisiken mit Auswirkungen auf Mieteinnahmen und drohenden Leerstandsrisiken:

- Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle.
- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der *"weinberg campus"* für Firmenansiedlungen im Standortranking an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinke.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Mittelfristig sei der Verbleib der Bio- und Materialwissenschaften in Halle fraglich.
- Fehlende Fachkräfte, insbesondere bei Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren, aber auch Labor- und Technikkräften.
- Fehlende Bereitschaft für Unternehmensneugründungen aufgrund mangelnden Kapitals und genügend freier Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen.
- Veräußerung lukrativer Biotechnologiefirmen unter dem Gesichtspunkt der Renditemaximierung durch die Investoren und damit Infragestellung des Standortes bzw. des Weiterbestandes dieser Unternehmen insgesamt.



- Eine dem neuen Bebauungsplan angepaßte zukünftige Nutzungsänderung des TGZ sei aufgrund des Überangebots an Büroflächen in Halle und des weiter gesunkenen durchschnittlichen Mietpreises für Gewerberäume nicht realisierbar.
- Nach Beurteilung der Geschäftsführung könnten die dargestellten Problematiken mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit den Fortbestand des Betriebes gefährden.

Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan für die Jahre 2013 bis 2018 wird im Lagebericht in zusammengefasster Form dargestellt.

Weiterhin wird im Prognosebericht ausgeführt:

- Der im Entwurf vorliegende Bebauungsplan kann sich nach Einschätzung der Geschäftsführung auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die TGZ Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken.
- Durch das Angebot zum Verkauf ist die Situation bei der Weiterentwicklung der Scil-Gruppe im Standort Halle schwierig einzuschätzen. Hierüber wird frühestens im III. Quartal 2013 entschieden, wobei aus Sicht der Geschäftsführung Tendenzen nicht erkennbar sind. Die Scil Proteins Production GmbH wird seitens der Geschäftsleitung als stabiler Partner gesehen.

Seitens der Scil Proteins Production GmbH (Forschung) kann über den Bestand in Halle keine Prognose abgegeben werden, da dies von der Struktur des neuen Investors der Scil-Gruppe abhängig sei.

Eine Einstellung der Forschung der Scil-Gruppe in Halle wurde in der Entwurfsfassung der Wirtschaftspläne 2014 und der Mittelfristplanung nicht berücksichtigt, sondern muss operativ eingearbeitet werden.



- Die zukünftigen Projektleistungen für klein- und mittelständische Unternehmen sind nicht planbar, da diese erst im kommenden Wirtschaftsjahr untersetzt werden, wobei es sich abzeichne, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die klein- und mittelständischen Status haben. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der UNIVATIONS GmbH sei deshalb abgeschlossen.
- Künftiger Schwerpunkt werde ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein.
- Bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den "*weinberg campus*" sei dringend erforderlich, dass die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv entschieden werde, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet seien. Der Weggang der Unternehmen vom "*weinberg campus*" oder deren Insolvenz seien sonst vorprogrammiert.
- Die Geschäftsführung sehe der Entwicklung der Jahre 2013 ff. auch in Anbetracht der genannten Risiken verhalten positiv entgegen. Alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an das TGZ gestellten Aufgaben könnten unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden.
- Die Weiterentwicklung des Standortes sei von der Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgebe, abhängig. Die Entwicklung des Technologieparks "*weinberg campus*" und damit der TGZ Halle GmbH werde wesentlich dadurch beeinflusst.

Der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft sind nach den im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen von der Geschäftsführung angemessen und zutreffend dargestellt. Auch die aufgezeigten Risiken der zukünftigen Entwicklung sind plausibel und schlüssig. Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend dar.



II. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr und in den Folgejahren schätzt die Geschäftsführung vorsichtig positiv ein und geht davon aus, alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen zu können.

Unmittelbare Bestandsgefährdungen sind daher nicht erkennbar.

Sollten sich die im Lagebericht dezidiert aufgeführten Risiken, wie:

- Realisierung des derzeit im Entwurf vorliegenden Bebauungsplans,
- Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von Halle nach Magdeburg,
- Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren, Biochemikern und Bioingenieuren,
- ein weiterer Ausstieg aus der Gentechnik durch wesentlich höhere Sicherheitsanforderungen in Deutschland oder Sachsen-Anhalt, oder die
- Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Deutschland für Bio-Nanotechnologie und angrenzende Bereiche

realisieren, kann dies im mittelfristigen Zeithorizont ab 2018 zu Entwicklungsbeeinträchtigungen der Gesellschaft führen.

Darüber hinaus bestehende Tatsachen und Sachverhalte, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder deren zukünftige Entwicklung beeinträchtigen können, sind im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.



C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Daneben wurden wir beauftragt, im Rahmen unserer Abschlussprüfung ergänzend die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG aufgeführten Prüfungs- und Darstellungsvorgaben zu beachten und darüber in berufsüblichem Umfang zu berichten. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichtes sowie auf die in Anlage 7 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die uns erteilten Auskünfte verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die uns übermittelten Informationen im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir - mit Unterbrechungen - in der Zeit von April 2013 bis Mai 2013 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Halle und in unserem Büro durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.



Ausgangspunkt unserer Prüfung war der geprüfte Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2011 durch die Klotz + Kalbas GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk vom 11. Mai 2012; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 2. Juli 2012 unverändert festgestellt.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Grundbuch- und Handelsregistrauszüge sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.



Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Vollständigkeit, Richtigkeit und Abgrenzung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Zusammensetzung der Umsatzerlöse
- sonstige Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- Beurteilungen im Lagebericht

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt.

Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir teilweise Saldenbestätigungen eingeholt bzw. zugrunde gelegt.



BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Hinsichtlich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch anderweitige Nachweise von der Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der Vermögens- bzw. Schuldposten überzeugt.

Hinsichtlich des Sachanlagevermögens haben wir u. a. die Grundbuchauszüge eingesehen, sowie sonstige Belege ausgewertet.

Hinsichtlich des wesentlichen Teils der Forderungen lag uns eine Saldenbestätigung der EVH GmbH, Halle (Saale), vor.

Für den Nachweis der Umsatzerlöse haben wir stichprobenweise Mietverträge eingesehen und die Werte mit der Finanzbuchhaltung abgeglichen.

Bei der Prüfung der Vollständigkeit und Bewertung von Rückstellungen haben wir uns auf Angaben und Erklärungen der Geschäftsführung gestützt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.



D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Finanzbuchhaltung der Gesellschaft wird durch ein externes Fachbüro EDV-gestützt mittels der Software DATEV e. G. geführt. Die Anlagenbuchführung sowie die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wurde von der Kapphan · Huber · Roos · Majewski Partnerschaftsgesellschaft im Wege der elektronischen Datenverarbeitung mittels Software der DATEV e. G. geführt.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher der Gesellschaft wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Im Hinblick auf die IT-gestützte Rechnungslegung ist festzustellen, dass die Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten gewährleistet ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.



2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz (Anlage 1) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben überwiegend in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist bezüglich der Angaben zu den Geschäftsführergehältern im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.



3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sowie weiterer gesetzlicher Vorschrift vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt D. III.



2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

In dem Jahresabschluss der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH erfolgte die Bilanzierung- und Bewertung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (going concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet.

Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, wurden nicht durchgeführt. Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).



III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2012 nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2011 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristigen (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.



Vermögensstruktur

	2012		2011		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Sachanlagen	31.808	89	34.394	92	-2.586	-8
Finanzanlagen	2.000	6	0	0	2.000	0
Langfristig gebundenes Vermögen	33.808	95	34.394	92	-586	-2
Vorräte	75	0	97	0	-22	-23
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41	0	91	0	-50	-55
Sonstige Vermögensgegenstände	396	1	289	1	107	37
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	24	0	-5	-21
Kurzfristig gebundenes Vermögen	531	1	501	1	30	6
Liquide Mittel	1.408	4	2.574	7	-1.166	-45
	35.747	100	37.469	100	-1.722	-5

Kapitalstruktur

	2012		2011		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	26	0	26	0	0	0
Kapitalrücklagen	12.726	36	12.726	34	0	0
Gewinnrücklagen satzungsmäßige Rücklagen	1.497	4	1.364	4	133	10
andere Gewinnrücklagen	40	0	40	0	0	0
Eigenkapital	14.289	40	14.156	38	133	1
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	20.612	58	22.577	60	-1.965	-9
Langfristiges Kapital	34.901	98	36.733	98	-1.832	-5
Steuerrückstellungen	0	0	8	0	-8	-100
Sonstige Rückstellungen	416	1	402	1	14	3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	317	1	239	1	78	33
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	113	0	87	0	26	30
Kurzfristiges Fremdkapital/ Rechnungsabgrenzung	846	2	736	2	110	15
	35.747	100	37.469	100	-1.722	-5



Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.722 (4,6 %) auf TEUR 35.747 verringert.

Der Buchwert des Sachanlagevermögens ist durch planmäßige Abschreibungen um TEUR 2.586 gesunken. Demgegenüber stiegen durch Umschichtung liquider Mittel in längerfristig gebundene Wertpapiere die Finanzanlagen auf TEUR 2.000. Damit verminderte sich das langfristig gebundene Vermögen um TEUR 586. Die liquiden Mittel verminderten sich, auch durch die vorbezeichnete Umschichtung, um TEUR 1.166. Das kurzfristig gebundene Vermögen stieg insgesamt um TEUR 30.

Insgesamt beträgt das Anlagevermögen (Sachanlagen und Finanzanlagen) 95 % der Bilanzsumme. Finanziert ist das Anlagevermögen durch Eigenkapital (einschließlich der Rücklagen beträgt dies TEUR 14.289 oder 40 % der Bilanzsumme), und Investitionszuschüsse, die als Sonderposten zum Anlagevermögen ausgewiesen sind. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen hat im Geschäftsjahr TEUR 20.612 oder 58 % der Bilanzsumme betragen.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände sind auf einen verbleibenden Erinnerungswert von einem Euro abgeschrieben.

Die Veränderungen der **Sachanlagen** um 8 % von TEUR 34.394 auf TEUR 31.808 (Verminderung um TEUR 2.586) resultiert nahezu vollständig aus den planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahres. Die Zugänge des Geschäftsjahres betragen insgesamt TEUR 1.

Der überwiegende Anteil des Sachanlagevermögens betrifft Grundstücke und Gebäude sowie Außenanlagen mit einem Gesamtbuchwert von TEUR 26.627 (Vj TEUR 27.974).

Die zur Errichtung der Gebäude erhaltenen öffentlichen Zuschüsse erfolgen als Bruttoausweis im passiven Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.



Sachanlagen

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Objekt	Buchwert 01.01.2012 in TEUR	Zugänge in EUR	Abgänge in EUR	Abschreibungen in EUR	Buchwert 31.12.2012 in TEUR
Grundstücke					
Grundstück TGZ I	1.001	0	0	0	1.001
Grundstück TGZ II	230	0	0	0	230
Grundstück TGZ III	317	0	0	0	317
Grundstück Verwaltungsgebäude	44	0	0	0	44
Grundstück MZG II+III	249	0	0	0	249
	1.841	0	0	0	1.841
Bauten					
Geschäftsgebäude TGZ I	983	0	0	147	836
Geschäftsgebäude TGZ II	6.501	0	0	476	6.025
Geschäftsgebäude TGZ III	11.999	0	0	427	11.572
Verwaltungsgebäude	259	0	0	10	249
Mehrzweckgebäude I	1.184	0	0	46	1.138
Mehrzweckgebäude II	1.719	0	0	56	1.663
Mehrzweckgebäude III	2.862	1	0	90	2.773
	25.507	1	0	1.252	24.256
Außenanlagen					
Außenanlage TGZ I	3	0	0	1	2
Außenanlage TGZ II	164	0	0	20	144
Außenanlage TGZ III	293	0	0	61	232
Außenanlage Verwaltungsgebäude	16	0	0	4	12
Außenanlage MZG I	32	0	0	3	29
Außenanlage MZG II	2	0	0	0,3	1
Außenanlage MZG III	116	0	0	6	110
	626	0	0	96	530
Summe Grundstücke, Bauten und Außenanla- gen	27.974	1	0	1.348	26.627
Übrige Ausstattung/ sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
Ausstattung Gebäude	1.278	0	0	147	1.131
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.142	0	0	1.092	4.050
	6.420	0	0	1.239	5.181
Sachanlagen gesamt	34.394	1	0	2.587	31.808



Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft zwei Geldmarktzinsanleihen

		TEUR
– HSH Nordbank Geldmarktzinsanleihe 5,	fällig 01.08.2013	500
– HSH Nordbank Geldmarktzinsanleihe 8 aus 2012,	fällig 02.05.2014	1.500

erworben. Der Ausweis und die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Verzinsung der Geldmarktzinsanleihen beträgt jeweils 1,0 %.

Der Kurswert zum Bilanzstichtag hat TEUR 1.996,2 betragen.

Es wird von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen, so dass der Ansatz zu Anschaffungskosten (TEUR 2.000) erfolgte.

Umlaufvermögen

Das kurzfristig gebundene Vermögen ist insgesamt um TEUR 30 (= 5,9 %) auf nunmehr TEUR 531 (Vj TEUR 501) gestiegen.

Im **Vorratsvermögen** werden in Anlehnung an wohnungswirtschaftliche Standards die Forderungen aus noch nicht abgerechneten Mietnebenkosten ausgewiesen. Davon werden die von den Mietern erhaltenen Vorauszahlungen (erhaltene Anzahlungen) offen abgesetzt, so dass unter dieser Position die noch abzurechnenden Beträge erscheinen. Insgesamt ergibt sich eine Restforderung am Bilanzstichtag von TEUR 75 (Vj TEUR 97).

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betragen am Bilanzstichtag TEUR 41 (Vj TEUR 91). Sie setzen sich im Berichtsjahr aus Forderungen aus Kundenbeziehungen TEUR 36 (Vj TEUR 90) sowie Forderungen aus einem Dienstleistungsvertrag gegenüber dem Energieversorger EVH GmbH, Halle (Saale), zusammen. Die Forderung gegenüber der EVH beträgt brutto TEUR 11 (Vj TEUR 2). Nach Abzug von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von TEUR 6 (Vj TEUR 1) verbleibt ein Nettoforderungsbestand von TEUR 5 (Vj TEUR 1).



Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 50 resultiert aus im Vorjahr zum Jahresende vorgenommenen Weiterberechnungen von verauslagten Aufwendungen, die im Berichtsjahr nicht vorzunehmen waren.

Die **sonstigen Vermögengegenstände** stiegen von TEUR 289 auf TEUR 396. Die Erhöhung um TEUR 107 ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus der Überleitung der Mieterdirektabrechnungen mit TEUR 122 und den Rückgang von Steuerforderungen von TEUR 17 zurückzuführen.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 24 auf TEUR 19. Der Rückgang von TEUR 5 erfolgte wegen der planmäßige Auflösung langfristig abgegrenzter Leasing Sonderzahlungen.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird in der Kapitalflussrechnung (vgl. D. III. 2.) dargestellt und erläutert.

Langfristiges Kapital

Eigenkapital und Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft hat sich um TEUR 133 (= 0,9 %) auf TEUR 14.289 erhöht (Vj TEUR 14.156). Die Erhöhung resultiert aus dem Jahresüberschuss 2012 (TEUR 133). Gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ist dieser den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen zugeführt. Das Stammkapital und die Kapitalrücklage haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 40,0 % (Vj 38,0 %).

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen** beträgt TEUR 20.612 gegenüber TEUR 22.577 im Vorjahr.

Die Auflösung von TEUR 1.965 erfolgte planmäßig. Die planmäßige Auflösung orientiert sich an der korrespondierenden Abschreibung der geförderten Vermögengegenstände (Gebäude und Außenanlagen, TGZ I bis III und Applikationszentrum).



Das langfristige Kapital (Eigenkapital und Sonderposten) beträgt 98 % der Bilanzsumme und deckt das gesamte gebundene Vermögen vollständig ab.

Kurzfristiges Fremdkapital/ Rechnungsabgrenzung

Das kurzfristig gebundene Fremdkapital beträgt TEUR 841 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 106 erhöht. Die Erhöhung resultiert zum Einen aus der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 78 auf TEUR 317, begründet durch den Anstieg der Nebenkostenverbindlichkeiten und zum Anderen durch den Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten von TEUR 86 auf TEUR 109. Wesentlicher Posten für den Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten sind Erhöhungen der Umsatzsteuerverbindlichkeiten um TEUR 11 von TEUR 53 in 2011 auf TEUR 64 in 2012 und der übrigen Verbindlichkeiten um TEUR 8. Die Rechnungsabgrenzungsposten haben TEUR 5 (Vj TEUR 1) betragen.

Steuerrückstellungen waren im Geschäftsjahr nicht zu bilden.

Die **sonstigen Rückstellungen** erhöhten sich um TEUR 14 auf TEUR 416. Sie setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Personalarückstellungen von TEUR 129, Rückstellungen für Übernahme des Forderungsausfallrisikos an die EVH GmbH von TEUR 140, Rückstellungen für Instandhaltung in den folgenden drei Monaten des neuen Geschäftsjahres von TEUR 48, Rückstellungen für interne und externe Prüfungs-, Abschluss- und Steuererklärungskosten von TEUR 51.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten vor allem Verbindlichkeiten aus Betriebskostenabrechnungen gegenüber der EVH GmbH im Rahmen des mit ihr geschlossenen Dienstleistungsvertrages (TEUR 270, Vj TEUR 190). Die Verbindlichkeiten waren zum Zeitpunkt der Prüfung im Wesentlichen ausgeglichen.

Unter den **sonstigen Verbindlichkeiten** werden zum Bilanzstichtag Steuerverbindlichkeiten von TEUR 72 (Vj TEUR 60) ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um Umsatzsteuer, Lohn- und Kirchensteuer. Unter dem Posten werden ferner Tantiemeverbindlichkeiten von TEUR 18 (Vj TEUR 17) und Kautionen von TEUR 5 (Vj TEUR 4) ausgewiesen.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Voraus gezahlte Mieten und ein im Voraus erhaltener Ertragszuschuss abgegrenzt.



2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 2 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

	2012	2011
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Jahresüberschuss	133	37
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	621	624
+ / - Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	6	-166
- / + Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-29	386
+ / - Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	<u>104</u>	<u>-703</u>
= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>835</u>	<u>178</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1	-1.563
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		1.000
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	<u>-2.000</u>	<u>0</u>
= Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	<u>-2.001</u>	<u>-563</u>
- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	<u>0</u>	<u>-5</u>
= Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>-5</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>-1.166</u>	<u>-390</u>
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>2.574</u>	<u>2.964</u>
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>1.408</u>	<u>2.574</u>



Der **Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** von TEUR 835 (Vj TEUR 178) resultiert überwiegend aus dem Jahresüberschuss und den Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens von insgesamt TEUR 754.

Die Zu- und Abnahme der übrigen Vermögensposten und anderer Aktiva, der Rückstellungen sowie die Zu- und Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva führte zu einem **Cash-Flow-Beitrag** von TEUR 81 im Geschäftsjahr.

Aufgrund der Umschichtungen liquider Mittel in die Finanzanlagen ergibt sich ein negativer **Cash-Flow aus Investitionstätigkeit** von TEUR -2.001.

Wesentliche Investitionen in das Sachanlagevermögen erfolgten nicht.

Aus dem **Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** von TEUR 835 und dem Cash-Flow aus Investitionstätigkeit von TEUR -2.001 ergibt sich die zahlungswirksame Verminderung des Finanzmittelfonds von TEUR -1.166, so dass sich die Finanzmittel (= sofort verfügbare liquide Mittel) von TEUR 2.574 im Vorjahr auf TEUR 1.408 am Bilanzstichtag vermindert haben.



3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen in Form einer betriebswirtschaftlichen Aufgliederung der beiden Geschäftsjahre 2012 und 2011 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2012		2011		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	3.927		3.695		232	6
Bestandsveränderung	138		138		0	0
Sonstige betriebliche Erträge	<u>119</u>		<u>186</u>		<u>-67</u>	-36
Betriebsleistung	<u>4.184</u>	100	<u>4.019</u>	100	<u>165</u>	4
Personalaufwand	-513	-12	-519	-13	6	1
Abschreibungen	-621	-15	-624	-16	3	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.925	-70	-2.870	-71	-55	-2
Sonstige Steuern	<u>-1</u>	0	<u>-1</u>	0	<u>0</u>	0
Betriebsaufwand	<u>-4.060</u>	-97	<u>-4.014</u>	-100	<u>-46</u>	-1
Betriebsergebnis	124	3	5	0	119	>100
Finanz- und Beteiligungsergebnis	<u>39</u>		<u>38</u>		<u>1</u>	
Ergebnis vor Ertragsteuern	163		43		120	
Ertragsteuern	<u>-30</u>		<u>-6</u>		<u>-24</u>	
Jahresergebnis	<u>133</u>		<u>37</u>		<u>96</u>	

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wesentlich durch Umsätze aus Vermietungstätigkeit und damit verbundenen Erträgen und Aufwendungen geprägt. Aufgrund des sehr hohen Vermietungsstandes und des geringen Leerstandes über das Geschäftsjahr und die durchgehende Vermietung des im Vorjahr fertiggestellten Mehrzweckgebäudes III hat die Gesellschaft ihre Umsatzerlöse um TEUR 232 oder 6 % gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr TEUR 3.927 erhöht. Rechnet man die Bestandsveränderung und die sonstigen betrieblichen Erträge hinzu, ergibt sich eine Betriebsleistung von TEUR 4.184 (Vj TEUR 4.019).

Wie im Vorjahr beträgt die Bestandserhöhung aus noch nicht abgerechneten Mietnebenkosten TEUR 138.



Die Personalaufwendungen verminderten sich geringfügig gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6 auf TEUR 513. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl inklusive Geschäftsführung hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 7 Personen betragen.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen beinhalten planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.587 (Vj TEUR 2.852). Korrespondierend mit den Abschreibungen verminderten sich die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen saldierten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse um TEUR 1.966 (Vj TEUR 2.228).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich quotaal von 71 % im Vorjahr, auf 70 % im Geschäftsjahr, bezogen auf die Betriebsleistung, vermindert.

Absolut haben sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 55 gegenüber dem Vorjahr erhöht und betragen nunmehr TEUR 2.925.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR
Raumkosten	2.276	2.145	131
Versicherungen, Beiträge und Abgaben	26	27	-1
Reparaturen und Instandhaltungen	281	301	-20
Fahrzeugkosten	30	29	1
Werbe- und Reisekosten	94	106	-12
Übrige Aufwendung	218	262	-44
	2.925	2.870	55



Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) hat sich von TEUR 5 im Jahr 2011 auf TEUR 124 im Geschäftsjahr erhöht.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um TEUR 1 von TEUR 38 in 2011 auf TEUR 39 in 2012 erhöht.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis vor Ertragsteuern TEUR 163 (Vj TEUR 43).

Die Ertragsteuern betreffen Körperschaftsteuer (einschließlich Kapitalertragsteuer) von TEUR 23, Solidaritätszuschlag von TEUR 1, und Gewerbesteuer von TEUR 6.

Nach Abzug der Ertragsteuern ergibt sich ein Jahresergebnis von **EUR 132.909,94** (Vj **EUR 37.034,68**).



E. FESTSTELLUNGEN AUS DEN ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGES

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragebogen zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in Anlage 7 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Unsere Prüfung hat keine Feststellung ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.



F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale), unter dem Datum vom 21. Mai 2013 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."



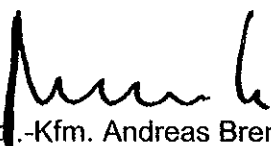
BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Halle (Saale), den 21. Mai 2013

Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

TGZ HALLE TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GMBH, HALLE (SAALE)

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

AKTIVA

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>
		1,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.626.708,23	27.974.101,23
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>5.181.112,00</u>	<u>6.419.596,00</u>
	31.807.820,23	34.393.697,23
III. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>2.000.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.000.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>33.807.821,23</u>	<u>34.393.698,23</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.100.000,00	1.962.000,00
2. Erhaltene Anzahlungen	<u>-2.025.390,85</u>	<u>-1.865.250,00</u>
	74.609,15	96.750,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.118,21	91.120,36
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>396.504,29</u>	<u>288.824,96</u>
	437.622,50	379.945,32
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>1.407.639,96</u>	<u>2.574.073,01</u>
	<u>1.919.871,61</u>	<u>3.050.768,33</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>19.527,72</u>	<u>24.635,32</u>
	<u>35.747.220,56</u>	<u>37.469.101,88</u>

PASSIVA

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	12.726.209,89	12.726.209,89
III. Gewinnrücklagen		
1. Satzungsmäßige Rücklagen	1.496.856,75	1.363.946,81
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>39.540,46</u>	<u>39.540,46</u>
	<u>1.536.397,21</u>	<u>1.403.487,27</u>
	<u>14.288.607,10</u>	<u>14.155.697,16</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN	20.611.687,22	22.577.678,28
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	0,00	7.829,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>416.540,00</u>	<u>402.000,00</u>
	<u>416.540,00</u>	<u>409.829,00</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	316.910,30	238.868,38
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00 (€ 238.868,38)		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	108.919,54	85.824,31
- davon aus Steuern € 72.345,64 (€ 60.234,58)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 644,52 (€ 647,83)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 108.919,54 (€ 85.824,31)		
	<u>425.829,84</u>	<u>324.692,69</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>4.556,40</u>	<u>1.204,75</u>
	<u>35.747.220,56</u>	<u>37.469.101,88</u>

TGZ HALLE TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GMBH, HALLE (SAALE)
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse	3.927.149,31	3.695.041,51
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	138.000,00	138.000,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>119.067,12</u>	<u>185.570,46</u>
4. Gesamtleistung	4.184.216,43	4.018.611,97
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-448.535,16	-451.976,54
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-64.304,44</u>	<u>-66.679,46</u>
	-512.839,60	-518.656,00
6. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
- davon Abschreibungen € 2.586.760,00 (€ 2.851.890,32) abzgl. Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse € 1.965.991,06(€ 2.227.408,97)	<u></u>	<u></u>
	-620.768,94	-624.481,35
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.926.539,50	-2.869.737,82
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39.258,00	37.983,45
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-12,78</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	163.326,39	43.707,47
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-29.775,45	-5.534,79
12. Sonstige Steuern	<u>-641,00</u>	<u>-1.138,00</u>
13. Summe Steuern	<u>-30.416,45</u>	<u>-6.672,79</u>
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	132.909,94	37.034,68
15. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen	<u>-132.909,94</u>	<u>-37.034,68</u>
16. Bilanzgewinn/-verlust	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale),

A. Allgemeine Angaben

1. Der Jahresabschluss der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und der Satzung aufgestellt.
2. Die Gesellschaft überschritt im Berichtsjahr nur eines der in § 267 Abs. 1 HGB genannten Größenmerkmale und zählt daher zu den kleinen Kapitalgesellschaften. Gemäß §6 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB aufgestellt.

B. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Über die angewandten Bewertungsmethoden berichten wir wie folgt:

Anlagevermögen

3. Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Im Geschäftsjahr 2012 kam die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Soweit in den Vorjahren die degressive Abschreibung gewählt wurde erfolgte im Berichtsjahr eine Fortführung.

Die Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegegenstände wurde auf Basis der steuerlichen AfA-Tabellen geschätzt. Die Abschreibung auf die Zugänge zum immateriellen und zum Sachanlagevermögen erfolgt zeitanteilig.

Die Behandlung der Anschaffung abnutzbarer, beweglicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungskosten 1.500,00 € nicht übersteigen, wurde abweichend zu den steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften vorgenommen, indem solche Vermögensgegenstände vollständig als Aufwand erfasst wurden.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale),

4. Die Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten einschließlich der Anschaffungsnebenkosten bewertet. Es kommt grundsätzlich das gemilderte Niederstwertprinzip zum Zuge, so dass die Vermögensgegenstände nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet werden.

Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Börsen- oder Marktpreis vorgenommen.

5. Empfangene Zuschüsse und Subventionen wurden bei den Anschaffungskosten der betreffenden Wirtschaftsgüter nicht gekürzt, sondern vielmehr als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Das Gliederungsschema des §266 HGB wurde insoweit nach §265 Abs. 5 HGB erweitert.

Umlaufvermögen

6. Die sonstigen Gegenstände des Umlaufvermögens, insbesondere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie die Liquiden Mittel wurden im Wesentlichen mit dem Nennbetrag angesetzt.

Im Posten Vorräte sind erbrachte und noch nicht abgerechnete Leistungen (Nebenkosten) an Mieter i.H.v. 2.100.000 € enthalten. Die Bewertung dieser fertigen und noch nicht abgerechneten Leistungen erfolgte dergestalt, dass der Berichtsgesellschaft durch die Abrechnung der Nebenkosten periodenübergreifend weder ein Aufwand noch ein Ertrag entstehen darf. Die Forderungen werden in Anlehnung an wohnungswirtschaftliche Standards unter den Vorräten ausgewiesen. Die korrespondierenden erhaltenen Vorauszahlungen (erhaltene Anzahlungen) werden offen von diesen Forderungen abgesetzt.

Risiken im Forderungsbestand werden, sofern solche vorhanden sind, durch die Bildung angemessener Pauschal- und Einzelwertberichtigungen berücksichtigt.

7. Der sich nach der Steuerbilanz ergebende Steueraufwand entspricht nicht dem Ergebnis der Handelsbilanz.

Die Abweichungen führen insgesamt zu einer aktiven Steuerlatenz, wobei für die Berechnung der latenten Steuern ein Steuersatz von 30% zugrunde gelegt wurde. Vom Ansatzwahlrecht der Aktivierung latenter Steuern wurde kein Gebrauch gemacht.

8. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse beinhaltet Fördermittel für die Errichtung der Geschäftsgebäude TGZ I, TGZ II, TGZ III und des Applikationszentrums.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale),

Dieser Bilanzposten wurde nach dem Schema des §266 Abs. 2 HGB unter Erweiterung nach §265 Abs. 5 HGB (Allgemeine Grundsätze für Gliederung) hinsichtlich des Ausweises der aus öffentlich-rechtlichen Kassen gewährten Investitionszuschüsse gebildet.

Rückstellungen

9. Rückstellungen wurden nach Maßgabe des § 249 HGB zum Ansatz gebracht. Die Bemessung der Rückstellungen erfolgte dabei nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.
- Sofern die Rückstellung eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen wurden diese mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (T€ 48), Rückstellungen für noch nicht genommene Urlaubstage (T€ 129), Rückstellungen für die Übernahme von Forderungsausfallrisiken (T€ 140) sowie für externe Abschluss- und Prüfungskosten (T€ 34).

Verbindlichkeiten

10. Die passivierten Verbindlichkeiten wurden vollumfänglich mit ihrem Erfüllungsbetrag (§ 253 Abs. 1 S. 2 HGB) zum Ansatz gebracht.

C. Angaben zur Bilanz

11. Der Ansatz, die Bewertung und der Ausweis der Posten der Bilanz erfolgte im Vergleich zum Vorjahr stetig.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2012 im Einzelnen wie folgt entwickelt:

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten	Zugang U Umbuchung	A U Umbuchung	Abgang U Umbuchung	laufende Abschreibungen i Zuschreibung	kumulierte	Restbuch- wert	Vorjahres- restwert
	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	9.002,66	0,00		0,00	0,00	9.001,66	1,00	1,00
II. Sachanlagen	63.617.577,18 Z	883,00 A		44.852,52	2.586.760,00	31.765.787,43	31.807.820,23	34.393.697,23
III. Finanzanlagen	0,00	2.000.000,00 A		0,00	0,00	0,00	2.000.000,00	0,00
	63.626.579,84 Z	2.000.883,00 A		44.852,52	2.586.760,00	31.774.789,09	33.807.821,23	34.393.698,23
	U	U				0,00		

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale),

12. Die Restlaufzeit bei Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen beträgt mit Ausnahme eines Teils des Vorsteuererstattungsanspruches nach §15a UStG gegenüber dem Finanzamt jeweils bis zu einem Jahr. Ein Teilbetrag des Vorsteuererstattungsanspruches i.H.v. 86.199 € hat eine Laufzeit von über einem Jahr.
13. Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich vollumfänglich um Positionen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr.
14. Die Bilanz wurde nach § 268 Abs. 1 HGB **nach vollständiger** Verwendung des Jahresergebnisses erstellt.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

15. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und analog §158 Abs. 1 AktG erweitert. Des weiteren wurde die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß §265 Abs. 5 HGB hinsichtlich des Ausweises der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse um einen gesonderten Posten erweitert bzw. weiter untergliedert.
16. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen in voller Höhe auf die laufende Geschäftstätigkeit.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale),

E. Sonstige Angaben

17. Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 6.680,00 € und entfällt ausschließlich auf Prüfungsleistungen.
18. Zum Bilanzstichtag bestehen Leasingverpflichtungen aus eingegangenen Leasingverträgen i.H.v. 7.714,00 €.
19. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte das Unternehmen 7 Mitarbeiter, davon 2 Geschäftsführer.
20. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2012 von

- Herrn Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas, Halle (Saale)

und

- Frau Sabine Noll, Halle (Saale)

geführt. Die Geschäftsführer sind jeweils einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Auf die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung wird in Anwendung der Vorschriften des § 286 Abs. 4 HGB und § 288 HGB verzichtet.

21. Die Berichtsgesellschaft hat als weiteres Geschäftsführungsorgan gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages der Satzung vom 27. August 1991 einen **Aufsichtsrat**. Der Aufsichtsrat hatte zum Bilanzstichtag folgende Zusammensetzung:

als Vorsitzende:

Frau Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)

(bis 30.11.2012)

Herr Dr. Bernd Wiegand, Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)

(ab 01.12.2012)

als deren Stellvertreter:

Frau Barbara Schröder, Leiterin Führungskräfte-Management, envia Mitteldeutsche Energie AG (ab 07.06.2012)

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale),

sowie als weitere Mitglieder:

Herr Dr. Wolfgang Eismann, stellvertretender Abteilungsleiter der Saalesparkasse
Frau Barbara Schröder, Leiterin Führungskräftemanagement, envia Mitteldeutsche
Energie AG

(bis 06.06.2012 als reguläres Mitglied)

Herr Dr. Jürgen Andrick, Geschäftsführer Industrie, Innovation und Umwelt der IHK
Halle-Dessau (bis 31.03.2012)

Herr Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau
(ab 01.04.2013)

sowie die Stadträte:

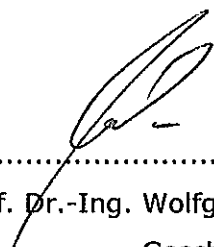
Frau Dr. Annegret Bergner

Frau Dr. Petra Sitte, MdB

Herr Thomas Felke, MdL

Gemäß den Statuten der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrages beträgt die Amtszeit
des Aufsichtsrates fünf Jahre. Über die Regelungen der Satzung hinaus - welche ein Mi-
nimum von zwei Tagungen pro Jahr vorschreibt - tagt der Aufsichtsrat drei mal jährlich.

06120 Halle (Saale), den 16.04.2013


.....
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas
Geschäftsführer


.....
Frau Sabine Noll
Geschäftsführerin

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden z.B. in die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
- Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen:

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer und Informationsvermittlung durch.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark¹ „weinberg campus“ in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Max-Planck-Institut und zur Fraunhofer-Gesellschaft, erwarb die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Das sechste Gebäude mit einer Hauptnutzfläche von ca. 1.900 m² wurde im Sommer 2011 seiner Bestimmung übergeben. Zudem wurde 1 Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reiräume für materialwissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelt-

¹ EU-Definition für Technologiepark (technology park):

Ein Technologiepark ist eine Entwicklungsmaßnahme zur Ansiedlung von Unternehmen, die sich mit der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologie beschäftigen und deren Tätigkeit FuE, Produktion, Vertrieb und Kundendienst umfasst. In der Betonung der Produktion liegt der Unterschied zu einem Wissenschaftspark bzw. Forschungspark. Die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen ist kein wesentliches Merkmal.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

technik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die BIO- und NANO-Technologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber auf dem „*weinberg campus*“ in Halle eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen wie z.B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft. Ein neues Gebäude wurde Ende 2007 durch das Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik eröffnet.

Wesentliche Impulse kommen auch durch das geplante neue Gebäude der Fraunhofer Gesellschaft, welches speziell für die angewandte Forschung auf den Gebieten der Photovoltaik, Nano- und Solartechnologien ausgerichtet sein wird. Dieser Gebäudekomplex soll im Jahre 2013 fertiggestellt werden. Dadurch sind entgegen der momentanen konjunkturellen Situation in Deutschland wenigstens einige Anfragen zu Gründungen / Ansiedlungen für den Standort zu verzeichnen, wobei insgesamt eine rückläufige Tendenz bei Gründungen zu verzeichnen ist und der Arbeitsschwerpunkt in der Bestandspflege besteht.

Insgesamt ist das TGZ im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 96 % ausgelastet gewesen, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist eine Auslastung von 98,2 % zu verzeichnen, wobei zu vermerken ist, dass außer einem alle bisherigen Seminarräume als Büroräume umgenutzt wurden und gegenwärtig dauervermietet sind. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr zwei Existenzgründungen, davon alle aus dem akademischen Bereich und eine Ansiedlung. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind weitere drei Gründungen in Vorbereitung.

Für das Berichtsjahr ergibt sich weiterhin für die TGZ Halle GmbH der Sachstand, dass durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ's neu geregelt wurde.

Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben.

Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Für die Verweildauer der Scil Proteins Production GmbH wurde davon ausgehend am

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

04.10.2010 ein entsprechender Antrag zum Verbleib bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gestellt, der mit Schreiben der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 11.01.2011 positiv entschieden aber mit 2 Auflagen untersetzt wurde.

Die Erfüllung der weiteren Auflagen :

- Bau des Mehrzweckgebäudes Blücherstraße 24
- Marktüblicher Mietzins

mit Schreiben vom 09.12.2011 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt aus Sicht des TGZ's erfüllt. Eine Bestätigung des unbefristeten Mietvertrages durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfolgte mit Schreiben vom 09.01.2012.

Im Ergebnis des unbefristeten Mietvertrages wird die TGZ Halle GmbH ab Februar 2012 für Büros und Labore den marktüblichen Mietzins erhalten.

Weiterhin wurde der Scil-Gruppe die Unterstützung bei der Sanierung einer Altbauimmobilie gemeinsam mit einem Bauträger (evtl. GWG GmbH) und bei der Errichtung eines Speziallagers (evtl. TGZ-Finanzierung und anschließende Vermietung) zugesagt.

Diese umfangreichen Bemühungen der Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH konnten nicht verhindern, dass die Investoren der Scil-Gruppe diese zum Verkauf angeboten haben, so dass über die weitere Fortführung am Standort Halle viele Fragen offen sind. Die sich damit ergebenden Leerstandsprobleme für die TGZ Halle GmbH sind zum Zeitpunkt der Berichterstattung schwer überschaubar, könnten aber zu einem Leerstand von 15% - 20% ab dem IV. Quartal 2013 führen und damit Einnahmeverluste bis zu ca. 60 T-€ im Geschäftsjahr 2013 verursachen.

Die Mieterstruktur im TGZ und Bio-Zentrum Halle setzt sich wie folgt zusammen:

- 33 % Biotechnologie
- 15 % Biomedizin
- 12 % Verfahrenstechnik
- 7 % Technologieentwicklung
- 18 % Nanotechnologie
- 7 % Softwareentwicklung
- 4 % Umwelttechnik
- 1 % Bioinformatik
- 3 % Querschnitts- und Servicebereiche

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2012 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2012 in Boston und Kapstadt. In Boston war das TGZ / BIO-Zentrum mit ca. 20 m², die von den beteiligten Klein- und mittelständischen Unternehmen des Technologiepark *weinberg campus* zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurden, vertreten. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien die durch die Wirtschaftskrise stagnierten und 2012 wieder intensiviert wurden sind durch die politischen Konflikte im arabischen - und nordafrikanischen Raum weiterhin weniger geworden.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 100 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen, Umlandgemeinden und Einzelpersonlichkeiten.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Name „*weinberg campus*“ hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH ist selbst verantwortlich für die Projekte:

- Akquisition und Finanzierungsmöglichkeiten für Firmen in den Gebäuden sowie in der Bio-Zentrum Halle GmbH
- Unterstützung des technologieorientierten Gründungsgeschehens, insbesondere auf den Gebieten der BIO-NANO-Technologien und angrenzender Gebiete
- Bearbeitung der Projekte "Existenzgründerqualifizierung" und "Ego-Pilot", wobei das Projekt "Existenzgründerqualifizierung" zum 01.01.2012 abgegeben wurde und der Verwendungs-

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

nachweis im Mai 2012 durch das Landesverwaltungsamt bestätigt wurde.

- Weiterhin hat die TGZ Halle GmbH sich intensiv mit eingebracht in übergreifende Infrastruktur- und Marketingprojekte, wie z.B. :
 - Sanierung von Altbauten zur Nutzung als Boardinghaus
 - Vermarktung von sanierungsfähigen Altbauten
 - "Techniklinie 5"
 - Konzept zur Nutzung der "Campus-Kirche"
 - Vorbereitung und Durchführung Jahr der Wissenschaft 2012
 - Vorbereitung Jahr der Wissenschaft 2012
 - Bewerbung Exist-Wettbewerb Gründerhochschule und nach erfolgter Bestätigung Mitarbeit im Direktorium der Gründerhochschule

Die Projekte beziehen sich ausschließlich auf eingeworbene Projektmittel von den Projektträgern Verein Deutscher Ingenieure, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsgemeinschaften, Investitionsbank Sachsen-Anhalt u. ä., die in der Regel nur wissenschaftlich-technische Projekte begleiten. Dabei ist in den letzten Jahren ein stetiges Absinken der Projektmittel zu verzeichnen. Jedoch ist gegenwärtig bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die parallel laufenden Projekte Univations und Scidea nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen – eher mit einem weiteren Absinken. Außerdem wird mittelfristig (2013/2014) auch damit zu rechnen sein, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die die Kriterien von klein- und mittelständischen Unternehmen erfüllen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, wodurch nur noch nicht geförderte Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden können, was im Klein- und mittelständischen Bereich schwierig ist.

Aus diesem Grunde wurde durch die Geschäftsleitung eine Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH vorbereitet und unterzeichnet, die durch ein gemeinsames agieren rückläufige Projektumsätze verhindert und die notwendige Personalvorhaltung in diesem Geschäftszweig in Grenzen hält. Damit wird Projektarbeit wenigstens in den innovativen Projekten wieder kostendeckend.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2012 noch beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Beim weiteren Auszug einer Firma aus dem TGZ I (ca 430 m² Fläche) waren im Berichtsjahr erhebliche zusätzliche Instandhaltungskosten notwendig, um diese Flächen erfolgreich vermarkten zu können. Zum Bilanzstichtag waren im TGZ I durch diese Maßnahme aber wieder 94,11% der Hauptnutzfläche vermietet. Ähnliches wird sich im zweiten Halbjahr 2013 wiederholen, da die Forschungsgruppe der Fraunhofer Gesellschaft und das Bistro zum 30.06.2013 ausziehen und die Räume instandgesetzt und vermarktet werden müssen.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude auch unter Einbeziehung des Neubaus in der Blücherstraße 24 zu 98,02 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche des TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH führen.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar :

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	TC	%	TC	%	TC	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.485	83,3%	3.211	79,9%	274	8,5%
+ Einnahmen Projektleistungen	341	8,2%	326	8,1%	15	4,6%
+ sonstige Dienstleistungen	64	1,5%	158	3,9%	-94	-59,5%
= UMSATZERLÖSE	3.890	93,0%	3.695	91,9%	195	5,3%
+ BESTANDSERHÖHUNG	138	3,3%	138	3,5%	0	0,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	156	3,7%	186	4,6%	-30	-16,1%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.184	100,0%	4.019	100,0%	165	4,1%
+ Personalkosten	513	12,3%	519	12,9%	-6	-1,2%
+ Abschreibungen	2.587	61,8%	2.852	71,0%	-265	-9,3%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	1.966	-47,0%	2.228	-55,4%	262	-11,8%
= ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	621	14,8%	624	15,5%	-3	-0,5%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.276	54,4%	2.145	53,4%	131	6,1%
+ Versicherungen / Beiträge	26	0,6%	27	0,7%	-1	-3,7%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	281	6,7%	301	7,5%	-20	-6,6%
+ Kosten des Fuhrparks	30	0,7%	29	0,7%	1	3,4%
+ Werbe- und Reisekosten	94	2,2%	106	2,6%	-12	-11,3%
+ sonstige Kosten	218	5,2%	262	6,5%	-44	-16,8%
= SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.925	69,9%	2.870	71,4%	55	1,9%
- BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.059	97,0%	4.013	99,9%	46	1,1%
= BETRIEBSERGEBNIS	125	3,0%	6	0,1%	119	1983,3%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	39	100,0%	38	100,0%	1	2,6%
= FINANZERGEBNIS	39	100,0%	38	100,0%	1	2,6%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(164)	(3,9%)	(44)	(1,1%)	(120)	(272,7%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	30	18,3%	6	13,6%	24	400,0%
+ SONSTIGE STEUERN	1	0,6%	1	2,3%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	31	18,9%	7	15,9%	24	342,9%
= JAHRESÜBERSCHUSS	133	3,2%	37	0,9%	96	259,5%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2011 um 165 T-€ (= +4,1 %) auf

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

4.184 T-€ erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (+274 T-€) durch die im Berichtsjahr nunmehr durchgehende Vermietung des im Vorjahr fertiggestellten Mehrzweckgebäudes III. Die Einnahmen aus Projektleistungen erhöhten sich leicht um 15 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen verminderten sich dagegen im Vorjahresvergleich um 94 T-€ auf nunmehr 64 T-€. Die Bestandserhöhung an nicht abgerechneten Leistungen (EVH) blieb im Vorjahresvergleich unverändert und betrug wiederum 138 T-€. Die weitere Bestandserhöhung liegt insbesondere an den weiter gestiegenen Energiekosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 30 T-€ auf nunmehr 156 T-€. Die Verminderung resultiert im Wesentlichen aus verminderten Versicherungsentschädigungen (-48 T-€). Dagegen stiegen die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen deutlich an (+30 T-€). Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich insgesamt um 12 T-€.

Die **Personalkosten** verminderten sich leicht um 1,2% (-6 T-€) auf 513 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.587 T-€ (Vorjahr: 2.852 T-€). Die Abschreibungen auf den gesamten Gebäudekomplex TGZ III betrugen im Berichtsjahr 1.698 T-€ gegenüber 1.990 T-€ im Vorjahr. Die übrigen Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der erstmals ganzjährigen Abschreibung des Mehrzweckgebäudes III in der Blücherstraße 24 um 27 T-€ auf 889 T-€. Die Abschreibungen auf dieses Mehrzweckgebäude betrugen insgesamt 96 T-€ (Vorjahr : 57 T-€). Die weiteren Abschreibungen verminderten sich um 12 T€. Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 262 T-€ auf 1.966 T-€. Darin ist die Auflösung des Investitionszuschusses für den Gebäudekomplex TGZ III mit einem Betrag von 1.521 T-€ (Vorjahr 1.782 T-€) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Berichtsjahr um einen Betrag von 55 T-€ (+1,9%) auf 2.925 T-€ erhöht. Zunahmen gab es bei den Raumkosten (+131 T-€), und den Kosten des Fuhrparks (+1 T-€). Verminderungen gab es bei den Versicherungen/Beiträgen R(-1 T-€), den Reparaturen- und Instandhaltungen (-20 T-€), den Werbe- und Reisekosten (-12 T-€) und den sonstigen Kosten (-44 T-€).

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2011 um 119 T-€ auf 125 T-€ verbessert.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht 1 T-€ erhöht.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24 T-€ auf

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

30 T-€ erhöht, die **Sonstigen Steuern** blieben nahezu unverändert.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 133 T-€ und liegt damit um 96 T-€ über dem Vorjahr.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 1.408 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen in das Finanzanlagevermögen im Laufe des Jahres 2012 haben sich die liquiden Mittel um rund 1.166,5 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2012		Bilanz zum 31.12.2011		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.288,6	40,0	14.155,7	37,8	132,9	0,9
Sonderposten mit Rücklageanteil	20.611,7	57,7	22.577,7	60,3	-1.966,0	-8,7
Rückstellungen	416,5	1,2	409,8	1,1	6,7	1,6
Lieferverbindlichkeiten	316,9	0,9	238,9	0,6	78,0	32,6
Sonstige Verbindlichkeiten	108,9	0,3	85,8	0,2	23,1	26,9
Summe Verbindlichkeiten	425,8	1,2	324,7	0,9	101,1	32,2
Rechnungsabgrenzungsposten	4,6	0,0	1,2	0,0	3,4	283,3
Summe Passiva=Gesamtkapital	35.747,2	100,0	37.469,1	100,0	-1.721,9	-4,6

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2012		Bilanz zum 31.12.2011		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	31.807,8	89,0	34.393,7	91,8	-2.585,9	-7,5
Finanzanlagen	2.000,0	5,6	0,0	0,0	2.000,0	-100,0
Summe Anlagevermögen	33.807,9	94,6	34.393,7	91,8	-585,9	-1,7
Vorräte	74,6	0,2	96,8	0,3	-22,2	-22,9
Forderungen	41,1	0,1	91,1	0,2	-50,0	-54,9
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	396,5 1.407,7	1,1 3,9	288,8 2.574,1	0,8 6,9	107,7 -1.166,4	+37,3 -45,3
Summe Umlaufvermögen	1.919,9	5,3	3.050,8	8,1	-1.130,9	-37,1
Rechnungsabgrenzungsposten	19,5	0,1	24,6	0,1	-5,1	-20,7
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	35.747,2	100,0	37.469,1	100,0	-1.721,9	-4,6

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.721,9 T-€ (= -4,6 %) auf 35.747,2 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-2.585,9 T-€), der nicht abgerechneten Nebenkosten (-22,2 T-€), der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-50,0 T-€), der flüssigen Mittel (-1.166,4 T-€) und der Rechnungsabgrenzungsposten (-5,1 T-€). Eine Erhöhung gab es dagegen bei den Finanzanlagen (+2.000,0 T-€) und den sonstigen Vermögensgegenständen (+107,7 T-€).

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 91,8 % auf 94,6 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 0,5 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.586,4 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 31.807,8 T-€ (-2.585,9 T-€) vermindert.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Aufgrund Vermögensumschichtungen von kurzfristigen zu längerfristigen Geldanlagen hat sich das **Finanzanlagevermögen** um 2.000,0 T-€ erhöht.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 1.130,9 T-€ vermindert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verminderte sich dadurch auf 5,3% gegenüber 8,1% im Vorjahr.

Die Verminderung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 50,0 T-€ resultiert im Wesentlichen aus im Vorjahr zum Jahresende vorgenommenen Weiterberechnung von verauslagten Aufwendungen, die im Berichtsjahr nicht vorzunehmen waren.

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 107,7 T-€ ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus Mieterdirektabrechnung (+122,6 T-€) zurückzuführen. Dagegen gab es Verminderungen bei den Steuererstattungsansprüchen (-17,1 T-€). Die übrigen Positionen erhöhten sich insgesamt geringfügig um 2,2 T-€.

Die Verminderung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 1.166,4 T-€ hängt mit der Umschichtung der Finanzmittel in die Position Finanzanlagen (2.000 T-€) zusammen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund planmäßiger Auflösung langfristig abgegrenzter Aufwendungen um 5,1 T-€.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die TGZ Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben :

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.
- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der Weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?
- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.
- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.
- Lukrative Bio-Technologiefirmen durch die Investoren unter dem Gesichtspunkt der Renditemaximierung verkauft werden und damit die Standortfrage bzw. der Weiterbestand der Firma insgesamt in Frage gestellt ist.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks Weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2013 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2014 bis 2018 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Erlöse aus				Ergebnis
	Aufwendungen*	Vermietung* u.a.	Projektleistung	Finanzergebnis	
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2013	3.882	3.478	280	40	-84
2014	3.902	3.508	280	40	-74
2015	3.892	3.508	280	40	-64
2016	3.862	3.508	280	40	-34
2017	3.852	3.508	280	40	-24
2018	3.842	3.508	280	40	-14

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die TGZ Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Schwierig ist die Situation bei der Weiterentwicklung der Scil-Gruppe am Standort Halle einzuschätzen, da diese zum Verkauf (Investorenwechsel) angeboten ist. Der Fortbestand und die wünschenswerte Weiterentwicklung am Standort Halle wird aus der Sicht der Geschäftsleitung frühestens im III. Quartal 2013 entschieden, wobei aus heutiger Sicht Tendenzen nicht erkennbar sind. Die Scil Proteins Production GmbH wird seitens der Geschäftsleitung als stabiler Partner gesehen.

Seitens der Scil Proteins GmbH (Forschung) kann über den Bestand in Halle keine Prognose abgegeben werden, da dies von der Struktur des neuen Investors der Scil-Gruppe abhängig ist. Eine Einstellung der Forschung der Scil-Gruppe in Halle wurde in der Entwurfsfassung der Wirtschaftspläne 2014 und der Mittelfristplanung nicht berücksichtigt, sondern muss operativ eingearbeitet werden.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Die zukünftigen Projektleistungen für klein- und mittelständische Unternehmen sind nicht planbar, da diese erst im kommenden Wirtschaftsjahr z.B. durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden, wobei es sich abzeichnet, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die klein- und mittelständischen Status haben. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit einem entsprechenden Partner bearbeitet werden kann. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH wurde abgeschlossen.

Wesentliche Weichen für die Fortführung in der Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH waren die Beschlüsse in der letzten Aufsichtsratssitzung des Jahres 2010, die einstimmig gefasst wurden. Unter diesen Voraussetzungen sollte ein planmäßiger Übergang in der Geschäftsleitung erfolgen und zu keinen Reibungsverlusten bei der Abarbeitung der Aufgaben für die Folgejahre kommen.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsbäudes durch die Gesellschaft, welches ab 2013 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des *weinberg campus*, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung – Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuerereinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Dieses Erfolgskonzept kann nur gemeinsam mit der abgestimmten Entwicklung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 vom November 2011 Seite 7 Pkt. 3 erfolgen.

Zitat : "Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven."

Unter diesem Gesichtspunkt wurde unter der Initiative der TGZ Halle GmbH eine Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen gebildet, die sich erstmalig zur konstituierenden Sitzung am 16.01.2012 traf. Die Zielstellung der Arbeitsgruppe besteht darin, bis Ende 2012 / Anfang 2013 ein aussagefähiges Papier zu erstellen, welches dann anderen Partnern auf dem *weinberg campus* zur abschließenden Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" sollen dann als gebündelte Meinungsbildung in den Strategiedialog der Stadt Halle einfließen.

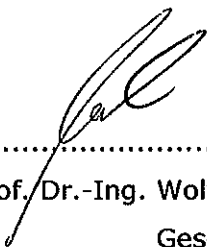
Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2013 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingun-

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

gen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

Halle (Saale), 16. April 2013



.....
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas
Geschäftsführer



.....
Frau Sabine Noll
Geschäftsführerin

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

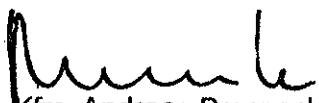
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), den 21. Mai 2013

Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firma	TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH
Sitz	06120 Halle (Saale), Weinbergweg 23
Handelsregister-Eintragung	Amtsgericht Stendal, HRB 206440 eingetragen am 17. Oktober 2006 Tag der ersten Eintragung am 28. Juli 1993 letzter Eintrag am 21. Januar 2013
Gesellschaftsvertrag	Gründungsfassung 27. August 1991 mit Änderungen 1) vom 15. August 1995 (Änderung des § 1 (Firma)), eingetragen am 30. Januar 1996 2) vom 16. Januar 2002 (Änderung des § 3 (Gesellschafter, Stammkapital und Stammeinlagen) und des § 5 (Geschäftsführung und Vertretung)), eingetragen am 23. April 2002 3) vom 11. Juli 2002 (Änderung des § 2 (Gegenstand des Unternehmens) und des § 6 (Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnisverwendung)), eingetragen am 27. September 2002 4) vom 31. Januar 2006 (Änderung des § 6 (Jahresab- schluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnisver- wendung)), eingetragen am 17. Oktober 2006 5) vom 02. November 2010 (Änderung des § 7 (Auf- sichtsrat)), eingetragen am 13. Dezember 2010
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

- Gegenstand des Unternehmens** (1) Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern. In diesem Rahmen werden in das Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:
- a) technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
 - b) Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),
 - c) bestehende, förderungswürdige Unternehmen der Wirtschaftsregion Halle,
 - d) Arbeitnehmer/innen, die mit technologischen Entwicklungen in ihren Bereichen konfrontiert werden, diese weiterentwickeln oder initiieren wollen,
 - e) interessierte Personen und Gruppen mit förderungswürdigen Vorstellungen zu neuen Technologien.

- (2) Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen
 - a) Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ-Halle zur Verfügung stellen,
 - b) ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
 - c) ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
 - d) ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln und
 - e) ihnen auch nach dem Ausscheiden aus dem TGZ Halle behilflich sein.
- (3) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (4) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (5) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

- (6) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen oder Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (7) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.
- (8) Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Gesellschafter und Kapitalanteile

Das Stammkapital beträgt EUR 26.000,00 und ist zum Bilanzstichtag in voller Höhe erbracht.

Zum 31. Dezember 2012 waren an der Gesellschaft beteiligt:

	EUR	%
Stadt Halle (Saale)	15.600,00	60,00
Saalesparkasse	5.200,00	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	3.900,00	15,00
Industrie- und Handels-		
kammer Halle-Dessau	<u>1.300,00</u>	<u>5,00</u>
	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>

Geschäftsführer

Herr Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas
Diplomingenieur, Halle (Saale)

Frau Sabine Noll
Halle (Saale)

Die Geschäftsführer sind einzelvertretungsberechtigt und
von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Prokura

Herr Dr. Ulf-Marten Schmieder
Halle (Saale)

Gesamtprokura zusammen mit einem Geschäftsführer.

Aufsichtsrat

Die Berichtsgesellschaft hat als weiteres Geschäftsführungsorgan gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages der - in diesem Punkt unveränderten - Satzung vom 27. August 1991 einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hatte zum Bilanzstichtag folgende Zusammensetzung:

als Vorsitzende:

Frau Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) (bis 30. November 2012)

Herr Dr. Bernd Wiegand, Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) (ab 01. Dezember 2012)

als deren Stellvertreter:

Frau Barbara Schröder, Leiterin Führungskräftemanagement, envia Mitteldeutsche Energie AG (ab 07. Juni 2012)

als weitere Mitglieder:

Herr Roger Schenkel, Mitglied des Vorstandes der Saalesparkasse (ab 01. Januar 2012)

Herr Dr. Wolfgang Eismann, stellvertretender Abteilungsleiter der Saalesparkasse

Frau Barbara Schröder, Leiterin Führungskräftemanagement, envia Mitteldeutsche Energie AG (bis 06. Juni 2012 als reguläres Mitglied)

Herr Dr. Jürgen Andrick, Geschäftsführer Industrie, Innovation und Umwelt der IHK Halle-Dessau (bis 31. März 2012)

Herr Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau (ab 01.04.2012)

sowie die **Stadräte:**

Frau Dr. Annegret Berner

Frau Dr. Petra Sitte, MdB

Herr Thomas Felke, MdL

Gemäß der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrages beträgt die Amtszeit des Aufsichtsrates fünf Jahre. Über die Regelungen der Satzung hinaus - welche ein Minimum von zwei Tagungen pro Jahr vorschreibt - tagt der Aufsichtsrat 3 mal jährlich.

Vorjahresabschluss:

Am 02. Juli 2012 wurden der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 der Gesellschafterversammlung zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt. Der Jahresabschluss wurde festgestellt und den Geschäftsführern Entlastung erteilt.

Bedeutende Verträge:

- (1) Im Gesellschafterprotokoll vom 16. Dezember 1992 haben sich die Gesellschafter verpflichtet, auf der Grundlage des § 6 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages zum Ausgleich der Ergebnisse erforderlichenfalls Nachschüsse zu leisten, wobei die Saalesparkasse von dem ihr satzungsmäßig eingeräumten Vorbehalt Gebrauch gemacht hat, diese Nachschusspflicht auf jährlich TEUR 10,23 zu begrenzen. Die Industrie- und Handelskammer ist satzungsgemäß von Nachschusspflichten freigestellt.
- (2) Ebenfalls am 16. Dezember 1992 haben die vorgeannten Gesellschafter gegenüber den öffentlich-rechtlichen Zuschussgebern eine Patronatserklärung des Inhalts abgegeben, jederzeit für eine ausreichende Liquidität sorgen zu wollen und etwaige auflaufende Verluste zumindest in dem Umfang auszugleichen, der zur Abwendung einer Überschuldung erforderlich werde. Die IHK hat eine solche Patronatserklärung nicht abgegeben; die Saalesparkasse hat auch hierzu von dem oben erwähnten Vorbehalt Gebrauch gemacht.
- (3) Mit der benachbarten Bio-Zentrum Halle GmbH (Gesellschafter dieser GmbH sind die Stadt Halle und die Martin-Luther-Universität) wurde für die Zeit vom 1. Januar 1999 bis 31. Dezember 2002 ein umfassender Betriebsführungsvertrag vereinbart. Der Betriebsführungsvertrag wurde im Rahmen von mehreren Nachträgen, zuletzt bis zum 31. Dezember 2015, verlängert.
- (4) Zum 20. Januar 1999 wurde mit der medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein Optionsmietvertrag zur Nutzung des Erweiterungsbaus TGZ II geschlossen. Der Mietvertrag garantiert eine Auslastung des TGZ II von 45 % über einen Zeitraum von 5 Jahren zuzüglich einer in Anspruch genomme-

nen Option auf weitere 5 Jahre Nutzung durch das von der Universität betriebene ZAMED. Der Mietvertrag lief Mitte 2010 aus, wurde aber bis 31. August 2015 verlängert.

- (5) Am 31. August 2006 wurde mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein Mietvertrag zur Nutzung des Forschungsverfügungsgebäudes TGZ III geschlossen. Der Mietvertrag umfasst Räumlichkeiten im Verhältnis zur Gesamtnutzfläche von 28,5 % und läuft zunächst bis 31. Dezember 2012. Von der vorhandenen Verlängerungsoption bis 31. Dezember 2017 wurde Gebrauch gemacht.
- (6) Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 das technische Management im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die Energieversorgung Halle GmbH (EVH GmbH) übergeben.

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlusstag liegen nicht vor.

STEUERLICHE VERHÄLTNISSE**Zuständiges Finanzamt**

Halle (Saale) - Süd

Steuernummer

110/108/00848

Steuerpflicht

Die Gesellschaft ist nach § 1 KStG unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig.

Die Gesellschaft ist nach § 2 Abs. 1 GewStG gewerbesteuerpflichtig.

Die Gesellschaft ist Unternehmerin i. S. d. § 2 UStG und nimmt bei der Vermietung von Grundstücken und Gebäuden die Optionsmöglichkeiten einer steuerpflichtigen Vermietung im Rahmen des § 9 UStG soweit als möglich in Anspruch.

Steuererklärungen

Die Steuererklärungen für den Veranlagungszeitraum 2011 wurden abgegeben. Die Steuerbescheide liegen vor.

Steuerliche Außenprüfungen

Die Gesellschaft unterliegt der Anschlussprüfung.

Die letzte steuerliche Außenprüfung fand vom 12. Dezember 2005 bis zum 17. Februar 2006 (Datum der Schlussbesprechung) statt. Geprüft wurden die Jahre 2000 bis 2003.

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz**Darstellung nach dem Fragenkatalog gemäß IDW PS 720****Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Die Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH datiert vom 21.03.2007 und ist für die Geschäftsführung bindend.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Es fanden zwei Gesellschafterversammlungen und drei Aufsichtsratssitzungen statt; Niederschriften wurden erstellt.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Mitglieder der Geschäftsleitung gehören keinen Aufsichtsräten an. Die Geschäftsführer nehmen als Geschäftsführer der Bio-Zentrum GmbH die Gesellschafterfunktion bei der BMD GmbH wahr. Herr Prof. Dr. Lukas ist darüber hinaus im Stiftungsvorstand der Martin-Luckner-Stiftung tätig

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütung der Organmitglieder wird unter Hinweis auf §§ 288, 286 Abs. 4 HGB zutreffend nicht im Anhang angegeben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Das TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH ist nach DIN ISO 9001 zertifiziert. Inhaltlich stellt ein Qualitätsmanagement Handbuch den Organisationsaufbau dar und regelt diesen. Im Mai 2012 hat ein Überwachungsaudit beim TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH stattgefunden. Der im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegte Organisationsaufbau und dessen Regelungen stellen einen den Bedürfnissen des TGZ entsprechenden Organisationsplan dar.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

- c) **Hat die Geschäftsführung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Bei einem Investitionsvolumen von mehr als TEUR 100 bedürfen die Handlungen der Geschäftsführer der Genehmigung durch die Gesellschafter.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Die Geschäftsanweisung des TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH für die Geschäftsführer vom 21.03.2007 sind geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus wird nach den internen Organisationsrichtlinien, wie sie im QM-Handbuch niedergelegt sind, verfahren. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Anweisungen und Richtlinien nicht eingehalten werden.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B: Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Es besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen entspricht im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten im Zusammenhang mit sachlichen und zeitlichen Zusammenhängen von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden systematisch untersucht.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens und ist angemessen.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Es besteht ein funktionierendes Finanzmanagement.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Entfällt

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Durch Ausgliederung des Facilitymanagements an externe Dienstleister ist sichergestellt, dass im Rahmen der Vermietung alle Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Im Übrigen bieten der Betriebsablauf und die Organisation die Gewähr, dass andere als Mietentgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Das bestehende Mahnwesen gewährleistet ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv einzuziehen.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Entfällt

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Die Aufgaben und Ziele des Risikomanagements des TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH werden im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegt, einschließlich der Definition der Frühwarnsignale und der zu ergreifenden Maßnahmen.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die Maßnahmen sind ausreichend und geeignet ihren Zweck zu erfüllen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Die Maßnahmen sind ausreichend dokumentiert.

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Frühwarnsignale und Maßnahmen werden kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Komplexe Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Entfällt

- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt

- d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Entfällt

- e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Entfällt

- f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Entfällt

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr einem QM-Audit unterzogen und wurde zertifiziert. Die Organisationsanweisungen im QM Handbuch bieten die Gewähr, dass eine der Größe der Gesellschaft angemessene Funktionstrennung erfüllt wird. Eine interne Revision als eigenständige Stelle ist damit entbehrlich. Wesentliche Teile des Geschäftsbetriebes werden durch die EVH GmbH abgewickelt (Facilitymanagement). Im Rahmen der Geschäftsbesorgung mit der EVH GmbH unterliegt dieser Teil des Geschäftsbetriebes der Prüfung durch die Innenrevision der EVH GmbH.

- b) **Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Entfällt

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisungen und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Entfällt

- d) **Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt

- e) **Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Entfällt

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Entfällt

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Es haben sich keine wesentlichen Überschreitungen bei den abgeschlossenen Investitionen ergeben.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Im Geschäftsjahr gab es keine Investitionen. Bei Gebäudeinvestitionen gibt es den Vergabevorschlag der durch die Stadt Halle geprüft wird. Danach erfolgt erst der Gesellschafterbeschluss mit Weisung an die Geschäftsführung.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat als Überwachungsorgane wird regelmäßig Bericht erstattet. Dies erfolgt mündlich in Sitzungen unter Einsatz von schriftlichen Beschlussvorlagen. Für die Stadt Halle werden darüber hinaus im Quartalsrhythmus Beteiligungsberichte erstellt. Auf Anforderungen erfolgt bei Anfragen eine weitere Berichterstattung durch die Geschäftsführer an ihre Organe und entscheidungsbefugten Stellen.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat wurden über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen liegen nicht vor.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Entfällt

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung mit angemessenem Selbstbehalt liegt vor.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Entfällt

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Es bestehen keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Unternehmensfinanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Eigenmittel.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Zweckbindung für Fördermittel aus Vorjahren (EFRE-Fördermittel) laufen bis 2023. Die Stadt Halle (Saale) hat die TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH gebeten das Projekt EGO-Pilotennetzwerk zu übernehmen. Dafür sind Existenzgründermittel ausgereicht worden. Die Patronatserklärung der Stadt Halle (Saale) und weiterer öffentlicher Gesellschaften stellen unmittelbare und mittelbare Garantieerklärungen der öffentlichen Hand dar. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Gewinnverwendungsvorschlag erfolgt satzungsgemäß und ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Entfällt

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Es haben sich hierfür keine Anhaltspunkte ergeben.

- d) **Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Entfällt

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

- b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Entfällt, vgl. a)

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) **Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Entfällt

- b) **Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage wurden nicht eingeleitet. Die voraussichtliche Entwicklung der Ertragslage ergibt sich aus der mittelfristigen Planung für die Jahre 2014 bis 2018.